

Interview

Interview mit Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland

„Der Antisemitismus braucht keine Juden“

Warum es das Holocaust-Mahnmal nur mit einem Kanzler Kohl gibt und warum die deutsche Industrie eine Stiftung für ehemalige Zwangsarbeiter gründen sollte

Ignatz Bubis, 1927 in Breslau geboren, ist seit 1992 Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Der Unternehmer ist prominentes Mitglied der FDP, er sitzt im Senat der Deutschen Nationalversammlung. Cohn-Bendit nannte ihn den „Lieblingsspekulanten des grünen Milieus“, nachdem Bubis 1985 maßgeblich die Frankfurter Ausführung eines für antisemitisch gehaltenen Fassbinder-Stückes verhindern half.

SZ: Ist das Holocaust-Mahnmal endgültig gescheitert?

Bubis: Ich habe das Gefühl, es ist gescheitert. Wenn Kohl Kanzler bleibt, dann wird es gebaut. Ansonsten, glaube ich, nicht.

SZ: Warum Kohl?

Bubis: Kohl ist tatsächlich dafür sensibel und möchte das Mahnmal haben. Er ist überzeugt vom Serra-Eisenman-Entwurf.

SZ: Was ist die Überzeugung der Gegner?

Bubis: Viele nennen zwar ihre wirklichen Gründe nicht – sie sagen, der Standort sei falsch, der Entwurf auch, oder der Holocaust lasse sich nicht darstellen. In Wirklichkeit will man sich diesen Sta-

„Ein Mahnmal, zu dem 80 Millionen Menschen Ja sagen, gibt es nicht“

chel nicht ins Fleisch setzen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin ist ehrlich. Diegen will es nicht. Er sagt, es gibt kein Mahnmal in Berlin.

SZ: Wozu will Bubis das Mahnmal?

Bubis: Ich bestehe überhaupt nicht darauf, denn ich brauche es nicht.

SZ: Werden Sie sich dafür einsetzen?

Bubis: Überhaupt nicht. Wenn die nichtjüdischen Deutschen das Mahnmal nicht wollen, sollen sie es nicht bauen.

SZ: Welchen Sinn hätte es?

Bubis: Dieses Mahnmal war die Idee von deutschen Nichtjuden. An einer Stelle wollen sie der namenlosen Millionen europäischer Juden gedenken, in der Stadt, von der das ausgegangen ist, und das ist wichtig, richtig und anerkennenswert.

SZ: Und die deutschen Juden wollen es nicht?

Bubis: Die deutschen Juden brauchen das nicht. Ich finde, es ist eine richtige Geste von den Nichtjuden. Ich finde das dem Mahnmal, das ich nicht will, nicht außer bei offiziellen Anlässen, nie jemand sein. Mein Vater ist in Treblinka umgebracht worden. Ich war ein einziges Mal in Treblinka, 1989. Ich gehe da nicht wieder hin.

SZ: Warum nicht?

Bubis: Das kann man nicht erklären. Da kommt alles wieder hoch. Der Eisenman-Entwurf erinnert stark an Treblinka. Treblinka war ja ein Nichts, ein Wald. Vom Bahnhof wurden über mehrere Kilometer Schienen in den Wald hineingelegt. Dort wurde das Vernichtungslager. In den in kurzer Zeit 800 000 Juden wurden aufgebaut. Es wurde Ende 1943 dem Boden gleichgemacht; es gab keine Spuren mehr. Ein Weg führt den Hügel hinauf. Da liegt nicht eine Schiene und nicht eine Schwelle. Aber man hat das Gefühl, man geht auf Schienen zu. Das ist ein Schrecken. Diesen Weg bin ich hinaufgelaufen. Ich bin sehr langsam gegangen, aber ich habe ungefähr einhalb Stunden gewent.

SZ: Sie sind eine wichtige Figur in der

Diskussion. Sie haben ja auch schlimme Entwürfe verhindert.

Bubis: Einen einzigen habe ich verhindert. Ich wollte mich nicht künstlerisch äußern. Mich haben an dem Entwurf von Christine Jacob-Marks zwei Dinge gestört. Lea Rosh hat ursprünglich vorgeschlagen, es könnte sich jeder einen Namen auf der großen Mahnmalplatte kaufen. Stellen Sie sich vor, wenn einer tausend Juden ermordet hat, kauft er tausend Namen – wie beim Ablaufband.

Das fand ich schrecklich. Und was hätten auf dem Mahnmal für sechs Millionen Juden für Namen stehen sollen? Dreihundertmal Moses Cohn, fünfhundertmal Moses Cohn? Welcher Moses Cohn? Aus Petersburg, aus Paris, aus Warschau, aus Kiew? Namen sind wichtig, wenn ich sie identifizieren kann. Diese beiden Einwände habe ich geäußert. Alles andere hat mich nicht interessiert. Ich wollte nicht in der Jury sein.

SZ: War das eine gute Diskussion?

Bubis: Nein. Sie ist nur von einem Teil ehrlich geführt worden. Ein Mahnmal, zu dem 80 Millionen Menschen Ja sagen, gibt es nicht. Man spricht jetzt schon acht Jahre darüber. Das erinnert mich an die Debatte über das Ladenschlußgesetz.

SZ: Die Sache wird totgeredet?

Bubis: So ist es. Wolfgang Clement, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat gesagt: Wenn Schröder kommt, wird es rückgängig machen.

SZ: Ein Schröder-Wahlsieg wäre ...

Bubis: ... das absolute Aus. Michael Naumann wird dafür sorgen, daß das alte Stadtloochl gebaut wird und das Mahnmal nicht.

SZ: VW, Siemens, Degussa – jeden Tag gibt es Klagen von ehemaligen Zwangsarbeitern. Soll die Bundesregierung sich da heraushalten, wie Kohl es getan und Schröder es angekündigt hat?

Bubis: Wenn es zu einer globalen Stiftung kommt, sollte die Bundesregierung, wenn auch nur nominell, so sich doch beteiligen.

SZ: Was ist das Problem?

Bubis: 1944 gab es in Deutschland 6,5 Millionen Zwangsarbeiter aus Ost- und Westeuropa, ein kleiner Prozentsatz davon Juden. Sie lebten in 68 000 Lagern im Reichsgebiet. Nach 1945 würden die westlichen Zwangsarbeiter nach dem Bundesentschädigungsgesetz entschädigt, mit fünf Mark pro Tag. Der Osten war ausgeschlossen, es sind also einige Millionen Zwangsarbeiter nie entschädigt worden. Die Bundesregierung hat allerdings Globalzahlungen an osteuropäische Länder geleistet, die das vierfache nicht an die ehemaligen Zwangsarbeiter weitergegeben haben. Nach der Auflösung der Sowjetunion sind weitere zwei Milliarden Mark an die Ukraine, an Rußland, Weißrußland und Polen gegangen.

Die haben aus der Summe auch individuell die Entschädigungleistungen bezahlt. In Polen über 3000 Mark, in der Ukraine 1200, in Rußland 1100 Mark.

SZ: Die Klagen gegen die Firmen kommen alle von Einzelpersonen.

Bubis: Das amerikanische Recht sieht Sammelklagen vor, bei denen man nur einen einzigen Namen braucht, um für 500 000 Häftlinge Ansprüche zu erheben. Es gibt Menschen, die nach dem Bundesentschädigungsgesetz zwar etwas bekommen haben, aber meinen, daß die Firmen sich an ihrer Arbeitskraft bereichert haben, und die deshalb von ihnen Geld wollten.

SZ: Wenn VW 20 Millionen gibt ...

Bubis: ... VW sagt, es gibt keine Rechtsgrundlage dafür, aber als humanitäre Geste geben wir 20 Millionen Mark

in einen Topf. Etwa 20 000 Zwangsarbeiter hat VW beschäftigt; davon ungefähr 1200 Juden.

SZ: Also 1000 Mark pro Person.

Bubis: Die Hälfte lebt wahrscheinlich nicht mehr. Also 2000 Mark.

SZ: Ist das angemessen?

Bubis: Darüber kann man streiten. 2000 Mark in Deutschland, damit kann keiner etwas anfangen. 2000 Mark sind in Rußland oder der Ukraine eine Menge.

SZ: Sie haben sich abfällig über den amerikanischen Anwalt Ed Fagan geäu-

zent an Sinti und Roma gehen.

SZ: Was sind Ihre Forderungen?

Bubis: Heute gibt es einige zehntausend Menschen, die selbst Zwangsarbeit geleistet haben oder Nachkommen von Zwangsarbeitern, die in schwierigen Verhältnissen leben. Viele Betriebe gibt es gar nicht mehr. Deshalb brauchen wir eine Stiftung für die diejenigen, denen es heute noch als Spätfolge der Zwangsarbeit schlechtgeht.

SZ: Wer braucht sie?

Bubis: Die Menschen, die ich gerade

SZ: Nehmen wir an, Degussa & Co einigen sich mit den Verbänden der Überlebenden. Was passiert, wenn ein Anwalt sagt, das ist für mich nicht bindend?

Bubis: Genau das sagt Ed Fagan.

SZ: Da müssen doch ein Fonds zur Entschädigung und mögliche einzelne Klärer in eine Konkurrenz geraten.

Bubis: Mit den individuellen Klägern müssen die Firmen selbst fertig werden. Aber sie müssen auch eine humanitäre Geste an die Nachkommen derjenigen richten, die nicht mehr am Leben sind,

IGNATZ BUBIS, seit 1992 Vorsitzender

Zentralrates der Juden in Deutschland.

Photo: Catharina Hess

ßert, der Degussa mit übertriebenen Forderungen konfrontiert.

Bubis: Er fordert die ganze Firma. **SZ:** Inzwischen reden auch deutsche Historiker von dreistelligen Milliarden, die Zwangsarbeitern zustehen.

Bubis: Dreistellig?

SZ: Ja. Wenn man angemessen entschädigen will.

Bubis: Ich möchte nicht über Angemessenheit sprechen. Millionen Menschen haben Zwangsarbeit geleistet, sie sind schlecht behandelt worden. Ich habe bei drei Firmen gearbeitet. In einer Munitionsfabrik, beim Gleisbau und beim Betongießen. Ich habe schon 1950 auf Entschädigung verzichtet.

SZ: Trotzdem: Sind Paganis Forderungen wirklich so überzogen?

Bubis: Ja. Und zwar aus einem bestimmten Grund. Er vertritt eine bestimmte Gruppe von individuellen Forderungen. Die bedürfen einer Prüfung. Wer berechtigt ist, dem steht etwas zu. Ich habe an dieselbe Industrie aber andere Forderungen. Die können nur die Claims Conference, der World Jewish Congress und die World Jewish Restitution Organisation vertreten. Ich spreche nur von den Juden, obwohl wir vereinbart haben, daß etwa aus der Schweizer Stiftung elf Pro-

zentralrates der Juden in Deutschland.

genannt habe. Diese werden von den von mir genannten drei Verbänden vertreten. Wir sind anerkannt als Erben des erblosen Vermögens. Das Skandalöse an Fagan ist, daß ihm die Mandanten 25 Prozent-Erfolgsbonorare geben müssen.

SZ: Das ist das klassische Erfolgshonorar in den USA.

Bubis: Für den Streit mit den Schweizer Banken hat er eine Rechnung über 250 Millionen Dollar gestellt.

SZ: Sie stört die Bereicherung ...

Bubis: ... an den Geldern der Opfer. Wir aber können genau sagen, was mit dem Geld passiert. Nehmen wir als Beispiel die ersten 275 Millionen Franken aus der Schweiz. Elf Prozent sind für die Sinti und Roma und andere Opfer. Der Rest geht zu 35 Prozent an osteuropäische Juden, zu 35 Prozent an Juden in Israel, zu 19 Prozent an Juden in Amerika und zu elf Prozent an Juden im Rest der Welt. Der Schlüssel richtet sich nach der Zahl der Überlebenden. Nach Deutschland gehen 1,5 Millionen Dollar. Wir erheben keine Gebühren und unterstützen nur Betroffene, die in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben.

SZ: Wieviel soll die Stiftung bekommen?

Bubis: Darüber reden wir.

wenn diese nicht zuletzt deswegen Unterstützung nötig haben.

SZ: Ist ein Konflikt absehbar mit osteuropäischen Überlebenden?

Bubis: Möglicherweise ja. Die Osteuropäer sagen, es gibt keine zwei Klassen von Zwangsarbeitern.

SZ: Warum kommt diese Frage der Entschädigung jetzt erst wieder hoch?

Bubis: Osteuropäer hatten bis 1989 keinen Zugang zum Entschädigungsgesetz, Archive sind jetzt zugänglich. Durch die Öffnung der englischen Archive ist die Goldgeschichte mit der Schweiz bekannt geworden. Dann kamen die nachrichtlosen Konten.

SZ: Das klassische Argument heißt, all dieses Reden über Entschädigung fördere den Rechtsradikalismus. Empfehlen Sie mehr Diskretion?

Bubis: Mit Sicherheit wird das den Rechtsextremen Wasser auf die Mühlen sein. Nur kann man nicht deshalb nicht entschädigen. Mehr Diskretion? Nein, mehr Sachlichkeit. Gerade wurde ich wieder gefragt: Wieso fordert Israel wieder Hunderte von Milliarden Mark von Deutschland, wo doch Israel schon viel bekommen hat? Ich habe zurückgefragt: Wieviel hat Israel bekommen? Das wußte niemand. Es waren drei Milliarden

Mark. Man kann noch so viel aufklären, 99,9 Prozent der 80 Millionen Deutschen werden es nicht wissen und wollen es nicht kapieren.

SZ: Mehr Sachlichkeit hieße?

Bubis: Aufklärung über die Berechtigung der Ansprüche. Aber auch eine moralische Verpflichtung.

SZ: Moralische Bekenntnisse werden einen Anwalt Fagan nicht befriedigen.

Bubis: Wir, die drei Organisationen, die ich genannt habe, wir werden Prozesse mit Fagan führen müssen.

SZ: Warum?

Bubis: Weil er uns verklagen wird.

SZ: Warum?

Bubis: Er sagt: Das meiste, was ihr kriegt, gehört meinen Mandanten.

SZ: Der Rechtsextremismus ist plötzlich in, zumal in den neuen Ländern.

Bubis: Und nicht nur dort.

SZ: Ausgerechnet da, wo der Antifaschismus Staatsreligion war?

Bubis: Die Staatsreligion ist weg, nun muß man das Gegenteil machen. Es ist eine Erscheinung, wie wir sie in Westdeutschland andersherum hatten. Wir hatten früher in der Wählerschar der Rechtsextremisten kaum Jugendliche. Das DVU in Sachsen-Anhalt erhielt von den

„Man hört gern Klezmer-Musik, weil es sie nicht mehr gibt.“

18- bis 25jährigen aber 32 Prozent der Stimmen. Das ist erschreckend.

SZ: Und was wäre Ignatz Bubis' Rezept dagegen?

Bubis: Aufklärung. Nicht, daß Ignatz Bubis durch die Schulen fährt und aufklärt. Die Parteien und die Gesellschaft müssen es tun.

SZ: Sie haben sich immer als deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens verstanden. Das heißt, die Juden gehören dazu. Glauben Sie daran noch?

Bubis: Zumindest würde ich es heute nicht so betonen. Es hat nämlich nichts genutzt. Ich werde nicht so gesehen, und aufdrängen will ich mich nicht.

SZ: Wie wird Ignatz Bubis gesehen?

Bubis: Israeli, Fremder, Ausländer, Gast.

SZ: Das heißt, es gibt noch immer keine Zukunft für Juden in Deutschland?

Bubis: Eine heute schwer zu beantwortende Frage. Vielleicht in zwei Generationen. Wenn Opfer und Täter und die erste Nachkriegsgeneration nicht mehr leben.

SZ: Aber für Rechtsextremismus und Antisemitismus braucht man offenbar kein Familienerbe.

Bubis: Der Antisemitismus braucht keine Juden.

SZ: Was würden dann zwei neue Generationen ändern?

Bubis: Sie werden zumindest nicht mehr sagen, ich kann das nicht mehr hören mit dem Holocaust. Man wird sich dann vielleicht daran gewöhnt haben, daß es ein paar Juden gibt.

SZ: Für viele sind Sie heute eine moralische Instanz.

Bubis: Meine Vergangenheit macht nicht. Ich will nicht irgendein Notar sein. Ich erkenne man mir zu, mich für moralisch einzusetzen.

SZ: Also keine neue Blütezeit für ein deutsches Judentum?

Bubis: Ich sehe schwarz. Die Mehrheit will es nicht akzeptieren. Im Moment geht es nicht. Ich würde gerne Notar sein. Man hört gerne Klezmer-Musik, weil es sie nicht mehr gibt. Als es sie gab, wollte sie keiner hören.

SZ: 2001 läuft die jetzige Amtsperiode aus. Werden Sie wieder antreten?

Bubis: Ich weiß es heute wirklich nicht. Ich will nicht gegen den Abbruch sein; dann bin ich uninteressant.

Interview: Josef Joffe und Mechthild Küpper